



Im Rahmen der Kreisversammlung in der Dorfgemeinschaftshalle in Dreisen wurde Dr. Gerd Karch (Mitte) mit der Silbernen Ehrennadel des BWV geehrt. BWV-Präsident Eberhard Hartelt (l.) und Kreisvorsitzender Gerold Füge (r.) gratulierten. Foto: Setzpfand

Geschlossen und entschlossen

Kreisversammlung Donnersberg analysiert die Proteste

„Direkt von der ein oder anderen Weihnachtsfeier ging es früh in der Nacht mit dem Zug zur Bauerndemo nach Berlin, eine 24 Stunden-Aktion“, blickte Gerold Füge, der Kreisvorsitzende des Bauern- und Winzerverbandes im Donnersbergkreis auf den 18. Dezember zurück. Auch Ökonomierat Eberhard Hartelt, Präsident des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd (BWV) nahm in seinem Referat den heißen Winter der Proteste unter die Lupe und bilanzierte: „Die Aktionen waren richtig und zum richtigen Zeitpunkt. Wir werden weitermachen, wenn die Politik sich jetzt nicht merklich bewegt.“

Dass durch den Aufruf des Deutschen Bauernverbandes (DBV) „Zu viel ist zu viel! Jetzt ist Schluss!“ 10 000 Landwirte und 3 000 Traktoren in Berlin zusammenkamen und noch einmal 25 000 Teilnehmer im Januar, inklusive Handwerker und Transportunternehmen, habe in beeindruckender Manier die Geschlossenheit und Entschlossenheit des Berufsstandes gezeigt. Auch während der gesamten Protestwoche sei dies spürbar gewesen und habe viele politisch Verantwortliche verunsichert.

Zusammenarbeit mit LSV

„Ich danke allen, die dabei waren für ihr großes persönliches Engagement und den Verantwortlichen bei Landwirtschaft verbindet (LSV) für die Zusammenarbeit. Wir sind in regem Austausch und ich bin beeindruckt, wie schnell, dynamisch und groß die Schlagkraft von LSV ist“, sagte Hartelt an Daniel Müller gewandt, der nicht nur dem BWV-Kreisvorstand angehört, sondern auch beim LSV im Donnersbergkreis sehr aktiv ist.

Nach den Protesten gehe es jetzt darum, dass den unterstützenden Worten vieler Politiker auch Taten folgen müssten. Der BWV-Präsident verwies auf die fünf Kernforderungen des DBV an die Bundesregierung, die mit einer in dieser Woche aktuell startenden Plakatkampagne „Jetzt handeln“ in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden sollen (siehe S. 59, Meldung des BWV).

Ein komplettes Einlenken der Bundesregierung beim Agrardiesel sei laut Hartelt nicht mehr zu erwarten, da die Ampel sonst ihr Gesicht vollständig verlieren würde. Aber dann müssen neue Lösungen gefunden werden. Als ein Baustein nannte er die Rückkehr zu Rapsöl als Treibstoff oder zu weiteren Biokraftstoffen wie Biomethan, Biodiesel sowie Bioethanol, die in der Landwirtschaft gewonnen werden können und die dann steuerbefreit sein müssen.

„Aber für 2023 geben Sie ihren Antrag auf Agrardieselentlastung wie gewohnt ab. Es ist eine Rückvergütung und noch steht sie Ihnen zu“, betonte Hartelt.

Eventuell könne der Agrardiesel mit der nächsten Bundesregierung auch wieder auf 100 Prozent gehoben werden – abhängig vom Wahlausgang.

Steuerliche Entlastungen und Auflagen-Stopp

Bei den geforderten steuerlichen Entlastungen stehen die Beibehaltung und Ausweitung der Gewinnglättung sowie die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage im Raum. Darüber hinaus gibt es unzählige kleine Stellschrauben, welche die Steuerabteilung des BWV zusammengetragen hat. Insgesamt müssten die Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit als wichtiger Standortfaktor erhalten werden kann. „Die Betriebe in Deutschland brauchen nicht nur einen Auflagen-Stopp, sondern benötigen über alle Produkte hinweg mehr Planungssicherheit und Perspektiven am Markt, um langfristig zu überleben“, so Hartelt.

Um beim Bürokratieabbau einen Schritt weiter zu kommen, werden derzeit Punkte gesammelt, die die Betriebe entlasten und die Bürozeit reduzieren sollen. „Letztlich warten nun die Abgeordneten auf Inhalte und konkrete Vorschläge“, sagte Hartelt. Ein Wunschkonzert seien die Forderungen nicht. Um Erfolge zu sehen, sei es nun notwendig, sich zunächst auf die Wichtigsten zu konzentrieren. Insbesondere mit Blick auf einzelne Bundesländer, die Wahlen in diesem Jahr haben wie Sachsen, Thüringen und Brandenburg seien schnelle Fortschritte von großer Bedeutung. Dort blickt man mit großer Sorge auf weitere Proteste, da die Angst bestehe, dass die AfD diese weiter für ihre Propaganda nutzen werde.

Diese Unterwanderung von Rechten, die von Beginn der Proteste stets in den Medien genannt wurde, lenkte anfangs vom eigentlichen Thema ab. „Durch das stetige Distanzieren aller Bauernvertreter von extremen Gruppierungen konnte aber weitreichender Schaden vermieden werden“, bemerkte Hartelt.

„Wir dürfen jetzt keine Zeit verlieren und es braucht auch keine Runden Tische und Ar-

beitskreise mehr!“ Der BWV-Präsident sprach sich erneut für die Umsetzung des Abschlusspapiers der Zukunftskommission Landwirtschaft und des Borchert-Plans aus.

Weiteres Thema war die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), über deren zukünftigen Ausgestaltung schon heute diskutiert wird, obwohl die aktuellen Vorgaben noch deutlich verbesserungswürdig sind. Zum E-Antrag forderte Hartelt ein Reset des Antragsprogramms, da dieses angesichts komplexer Strukturen enorm anfällig sei.

Zur Sprache kam auch das Thema Freiflächenphotovoltaik, bei dem in der Region eine regelrechte Goldgräberstimmung bei den entsprechenden Unternehmen ausgebrochen sei. Flächenverluste, Nutzungskonkurrenz und Auswirkungen auf den Bodenmarkt bereiten den Betrieben große Sorgen. Die Belange der Landwirtschaft dürften nicht dem politisch gewollten energetischen Ausbau geopfert werden.

Am Schluss wurde von einigen Mitgliedern der Wunsch geäußert, dass der BWV mehr und schneller über seine Aktivitäten berichtet. Während der Proteste seien manche Informationen nicht flächendeckend angekommen. Hier will der BWV seine Kommunikation noch stärken, eine entsprechende Stelle ist ausgeschrieben. zep